Erweiterte Ausgabe Frühjahr 2013

schanze | 20357

www.schanze20357.de

engagiert – aufmunternd – anregend

MÖGLICHE ZWANGSVERSTEIGERUNG DER ROTEN FLORA BIRGT ZÜNDSTOFF FÜRS SCHANZENVIERTEL | DER VERKAUF STÄDTISCHER WOHNUNGEN IM KAROLINENVIERTEL AN DIE SAGA WIRD MIETERHÖHUNGEN NACH SICH ZIEHEN | WAS DER BÜRGERWILLE ANGEBLICH WILL UND WAS NICHT | WIE DIE STEG-PROPAGANDA IN DER GROSSEN BERGSTRASSE DIE BEVÖLKERUNG VORGEFÜHRT HAT | „DIE STEG IST SICH TREU GEBLIEBEN“ | BEWOHNERIN DES WAGENPLATZES AUF DER BRAMMERFLÄCHE | ENDE 2013 KÖNNTE DAS CENTRO SOCIALE SEINEN MIETVERTRAG VERLÄNGERN. MACHT DAS SINN? | SOZIALE BEWEGUNG IN KRISENZEITEN – ZUM BUCH INSIDE OCCUPY VON DAVID GRAEBER | DIE WIRKLICHKEIT SIND MESSER | IMMER WIEDER RUFT DIE POLIZEI GEFAHRENGEBIETE IN HAMBURG AUS UND RÄUMT SICH SO SELBST ÜBERBORDENDE BEFUGNISSE EIN. JURISTISCH HÖCHST ZWEIFELHAFT – DAS FINDEN MITTLERWEILE AUCH GERICHTE | BOLLERS BIOGRAPHIE | RINDERRÖTE (URBAN FICTION) | WILLKOMMEN IM CAFÉ HAUSBESETZUNG | KOMMEN SIE / KOMMT ZUM ÖFFENTLICHEN FORUM RAUMNAHME | UNVERGESSEN: MUDDER HARTMANN | KULINARISCHES AUS DEM VIERTEL FÜR ALLE | WIRKLICHES KINO | DIE AKTUELLE GRAFIK |

Erscheint, wenn nötig.

www.schanze20357.de

schanze | 20357

engagiert – aufmunternd – anregend

Erscheint, wenn nötig.

IMPRESSUM

Redaktion: Tina Fritsche (verantwortlich),
Oliver Garbe, Anke Haarmann, Jörg Kirschstein, Christoph Speier

Anschrift: Postfach 500842 | 22708 Hamburg
eMail: redaktion@schanze20357.de

Gestaltung, Produktion und eBooking:
Manfred Baierl | www.gamb.biz

Fotos: Serie „Umsichten“ von Anke Haarmann

Verlag im Sinne des Hamburger Presserechts und verantwortlich (für die Anzeigen) ist die Lerchenhof Handwerksgenossenschaft St. Pauli eG, Erichstraße 38 A, 20359 Hamburg, Tel. 040 38614685

ISBN: 978-3-86436-048-0

Internet: www.schanze20357.de

Inhaltsverzeichnis

Kretschmers leere Hände
Zumutungen zu Segnungen umgelogen
Was der Bürgerwille angeblich will und was nicht
Kämpfst du noch oder konsumierst du schon?
„Die STEG ist sich treu geblieben“
Die Brammerfläche
Macht das Centro Sociale im Schanzenviertel überhaupt noch Sinn?
Soziale Bewegung in Krisenzeiten
Die Wirklichkeit sind Messer
Von Ketten befreit
Nicht strafbar, nur auffällig
Bollers Biographie
Rinderröte
Willkommen im Café Hausbesetzung
Kommen Sie / kommt zum öffentlichen Forum Raumnahme
Unvergessen: Mudder Hartmann
Kulinarisches aus dem Viertel für Alle
Wirkliches Kino
Die aktuelle Grafik

Kretschmers leere Hände

MÖGLICHE ZWANGSVERSTEIGERUNG DER ROTEN FLORA BIRGT ZÜNDSTOFF FÜRS SCHANZENVIERTEL

VON ANDREAS KAHNAU

Klaus-Martin Kretschmer steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Das könnte möglicherweise zu neuen Auseinandersetzung um den Fortbestand der Roten Flora führen. Informationen um die schlechte Liquidität des formalen Eigentümers des seit November 1989 besetzten und selbstverwalteten Stadtteilprojekts am Schulterblatt kursieren schon länger in der Stadt.

So kommt der selbst ernannte Kulturinvestor bereits seit einiger Zeit nicht den Aufforderungen nach, das alte Krematorium in Ohlsdorf, das er gekauft hat, instandzuhalten. Die Riverkasematten an der St. Pauli-Hafenstraße und das am Rande der Hafencity gelegene Wohn- und Kulturprojekt Brandshof – beide Immobilien gehören ebenfalls Kretschmer – sollten vor wenigen Wochen zwangsversteigert werden. Doch es fanden sich keine Käufer. Bei den Riverkasematten drohen hohe Kosten aufgrund der maroden Bausubstanz und der Brandshof ist mit einer Grundschuld von drei Millionen Euro belastet, die ein potentieller Käufer übernehmen müsste.

Kretschmers Hauptgläubiger sind dem Vernehmen nach die Sparkasse Holstein und das Hamburger Finanzamt. In diesem Geflecht wäre es denkbar, dass die Rote Flora in einer weiteren Zwangsversteigerungsrunde verwertet werden könnte. Zwar hat die Sparkasse Holstein bereits verlauten lassen, dass man „von dem im öffentlichen Fokus“ stehenden Projekt die Finger lassen werde. Doch da möglicherweise weitere Gläubiger Forderungen gegen Kretschmer anmelden, könnten diese durchaus eine Zwangsversteigerung der Roten Flora vorantreiben.

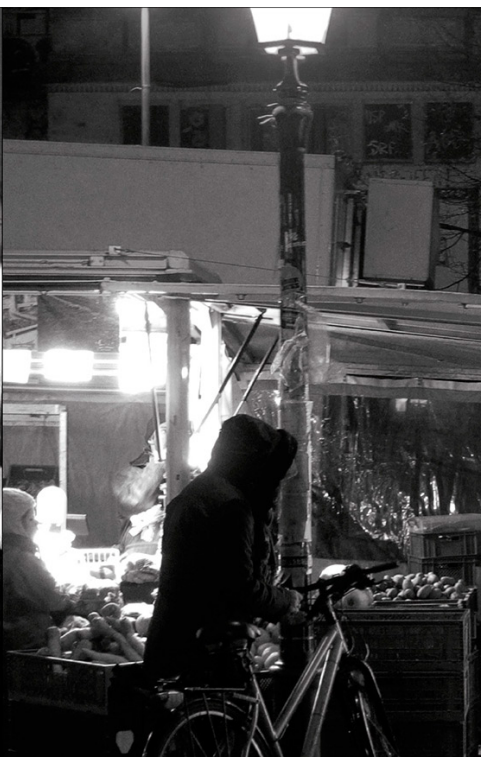
Gerade Kretschmers Rolle um die Rote Flora ist das Sinnbild für den Aufstieg und den Fall eines in jeder Hinsicht überbewerteten angeblichen Kulturförderers, der viel behauptet, wenig zustande gebracht hat und am Ende möglicherweise mit Nichts da stehen wird. Im Zuge des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfs 2001 wollte der damalige SPD-Senat die im Besitz der Stadt befindliche Rote Flora abstoßen. CDU und die neu gegründete Schillpartei wollten mit dem besetzen Projekt Wahlkampf betreiben. Nachdem die NutzerInnen ein Vertragsangebot der Stadt abgelehnt hatten, fädelten die Sozialdemokraten unter Federführung des Bezirks Altonas den Verkauf an Kretschmer ein.

Ohne Wissen und Beteiligung der Betroffenen kaufte er für umgerechnet knapp 180.000 Euro das Gebäude. Die NutzerInnen erfuhren aus der Zeitung vom Eigentümerwechsel. Kretschmer erklärte damals, er wolle die Rote Flora so erhalten, wie sie ist, er sprach von einem „Kraftort“ und einer „geistigen Samenbank“ für die Gesellschaft. Die RotfloristInnen unterstellten dem Neueigentümer von Beginn an eher wirtschaftliche Motive. Kretschmer spekuliere darauf, dass sich das Projekt irgendwann von selbst erledige und er dann in einem gentrifizierten Stadtteil mit der Immobilie im Herzen der Schanze Profit machen könne. Kretschmer erhielt daher Hausverbot, man verbat sich zudem jede Einmischung und hielt am Besetztstatus fest. Anders als immer wieder kolportiert, trugen die BesetzerInnen die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das Gebäude. 2009 bestätigten sich die von Anfang an geäußerten Befürchtungen über die wahren Motive Kretschmers: Die Rote Flora sei abgeschottet und unkreativ, er sei von dem Projekt enttäuscht. In Presseartikeln verkündete er, er strebe wahlweise eine neue Nutzung an bzw. denke über einen Verkauf der Roten Flora nach. Damit stellte Kretschmer genau das in Aussicht, was er angeblich mit seinem Kauf verhindern wollte, indem er die Flora zum Spekulationsobjekt machte.

Diese Äußerungen waren nicht zufällig, liefen doch im März 2011 die Beschränkungen aus, die die Stadt Kretschmer beim Verkauf auferlegt hatte, um einen Spekulationsverkauf zu verhindern. Kretschmer jedenfalls strebte einen Rückkauf an die Stadt an, behauptete andere Interessenten, die ihm angeblich 19 Millionen Euro geboten hätten und verlangte von der Stadt seinerseits fünf Millionen Euro. Kretschmer drohte dem Senat recht plump mit einem gewaltsamen Räumungsszenario, würde sich die Stadt einem Rückkauf verschließen. Im Nachhinein und angesichts der aktuellen Ereignisse ist offensichtlich, dass der „Kulturinvestor“ sich mit einem Verkauf der Roten Flora finanziell sanieren wollte. Die offizielle Politik ließ sich jedenfalls nicht erpressen und lehnte einen Rückkauf der Flora ab. Gleichzeitig betreibt der zuständige Bezirk Altona seit dem Frühsommer 2012 eine Änderung des Bebauungsplans, der eine stadtteilbezogene Nutzung des Floragebäudes rechtlich unumkehrbar festschreiben soll.

Aus Investorensicht ist damit das Gebäude eine wertlose Immobilie geworden. Klaus-Martin Kretschmer steht mit leeren Händen da. Gleichwohl birgt die aktuelle Situation durchaus Zündstoff: Es gibt Informationen, dass derzeit formale Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Zwangsversteigerung der Roten Flora zumindest theoretisch möglich machen würde. Und wenn auch derzeit keine Großinvestoren Interesse an dem Gebäude haben aufgrund der laufenden Veränderung des Bebauungsplans, schließt das nicht aus, dass andere Profilneurotiker eine Zwangsversteigerung nutzen könnten, um den derzeitigen Eigentümer abzulösen. Die BesetzerInnen der Roten Flora schließen ihrerseits aus, das Gebäude zu erwerben und sich einer Eigentumslogik zu unterwerfen. Die Flora soll vielmehr als besetztes Projekt und kollektivierter Ort langfristig dem gewinnorientierten Immobilienmarkt entzogen bleiben und am besten aus dem Grundbuch gestrichen werden.

Die Rote Flora bleibt damit auch im 24. Jahr ihrer Besetzung ein umkämpfter Ort – und das wird selbst dann so bleiben, wenn die Rote Flora ihren Fortbestand als besetztes unabhängiges Projekt gegen mögliche Neueigentümer vorerst verteidigen kann. Denn die politische Erfahrung gerade auch aus den Entwicklungen in der Schanze der letzten 20 Jahre zeigt, dass die Politik allzu oft das „Geschwätz“ von gestern nicht interessiert. Mövenpick konnte sich einst mit einer Million Euro aus der einst politisch festgeschriebenen Bedingung, der Wasserturm im Schanzenpark müsse anteilig stadtteilbezogen genutzt werden, herauskaufen. Auch ein Bebauungsplan kann kreativ interpretiert werden. Unter anderen politischen Vorzeichen und Kräfteverhältnissen können Senat und Bezirk die derzeitige Linie, an dem Besetztstatus der Roten Flora nicht ändern zu wollen, jederzeit aufgeben. Im Zweifelsfall ist es immer möglich, das Projekt mit ordnungsrechtlichen Instrumenten wie dem Baurecht anzugreifen. In diesem Sinne geht der Kampf um das europaweit am längsten besetzte Projekt weiter!



Zumutungen zu Segnungen umgelogen

DER VERKAUF STÄDTISCHER WOHNUNGEN IM KAROLINENVIERTEL AN DIE SAGA WIRD MIETERHÖHUNGEN NACH SICH ZIEHEN

VON NIELS BOEING

Eine alteingesessene, vor Jahren verstorbene St. Paulianerin schwärmte einmal, die Marktstraße im Karoviertel sei früher „der Jungfernstieg von St. Pauli“ gewesen. Sie dachte dabei wohl an ein besonderes Flair, das ihr gefallen hatte. Bei den heutigen BewohnerInnen des Karoviertels dürfte der Vergleich indes gemischte Gefühle wecken: Die Stadt Hamburg tut viel dafür, dass der Nordosten von St. Pauli von einem im besten Sinne eigensinnigen Stadtteil zu einem teuren Quartier wird. Mit Mieten, die sich gewaschen haben.

Im August 2012 verkündete der Senat, den größten Teil der 911 städtischen Wohnungen im Karoviertel, die zurzeit als Treuhandeigentum von der STEG verwaltet werden, Ende 2013 an die SAGA zu verkaufen. Dann geht die 25 Jahre währende Sanierungsphase zuende, die dazu beitrug, dass die Mietpreisexplosion auf St. Pauli nicht aufs ganze Karoviertel durchschlug. Gleichzeitig werden 201 Gewerbeeinheiten an die Sprinkenhof AG fallen, die dafür bekannt ist, als Verwalterin städtischer Gewerbeimmobilien aus diesen möglichst viel Geld herauszuholen. Und auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA, die sich gerne als Hüterin des sozialen Wohnungsbaus darstellt, hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihr Rendite wichtiger als Bestandsschutz ist.

Einige Politiker waren nach der Senatsentscheidung in ihrer Begeisterung kaum zu bremsen. Andy Grote, seit Frühjahr 2012 Bezirksamtsleiter von Mitte, sah in dem Verkauf „die einzigartige Chance, ein ganzes Quartier wirksam gegen die Gentrifizierung zu schützen“. Was Gentrifizierung bedeutet, wurde nie schöner erklärt als im Dokumentarfilm „Empire St. Pauli“: „Mieten hoch – Leute raus – bumm!“ Genau das droht den BewohnerInnen des Karoviertels. Das Karoviertel wird mitnichten zum „Mieterparadies“, wie die „Welt“ – eigentlich doch recht zynisch – behauptete.

Als solches verkaufen auch Senat und Bezirk das Ergebnis des SAGA-Deals. Immer wieder betonen sie, dass er bis Mitte dieses Jahrhunderts den STEG-Wohnungen unerhört günstige Mieten sichere. Der Durchschnitt liege mehr als drei Euro unter dem Mietenspiegel, einige Wohnungen würden erst 2065, so Baustaatsrat Michael Sachs, dem Spiel des freien Wohnungsmarktes ausgesetzt sein. Dafür sorge die Vorkehrung, dass die SAGA die Miete der Karoviertel-Wohnungen nach Auslaufen der Mietpreisbindung zehn Jahre lang nicht wie auf dem freien Wohnungsmarkt erhöhen dürfe. Dort sind 20 Prozent innerhalb von drei Jahren erlaubt – die SAGA darf in diesem Zeitraum nur zehn Prozent mehr verlangen.

Gegen diese Schönrederei stehen ein paar unerfreuliche Zahlen. Bereits 2014 werden in 41 Prozent der Wohnungen, die an die SAGA gehen, die Mietpreisbindungen enden. Auch mit der reduzierten Mieterhöhung werden die BewohnerInnen dann im Jahre 2024 voraussichtlich fast 50 Prozent mehr Miete zahlen. Und das gilt nur für Bestandsmieten. Zieht jemand aus, kann die SAGA sich sofort am Mietenspiegel orientieren. Im Stadtentwicklungsausschuss wurde zwar vereinbart, dass die SAGA einen Euro unter dem Mietenspiegel liegen soll. Doch selbst das wären ab April rund acht Euro kalt pro Quadratmeter. Ab da liegt der Mittelwert nach Schätzungen von Mieter helfen Mietern für die Wohnungen im Karoviertel bei neun Euro, und dieser Wert erhöht sich alle zwei Jahre.

Dass ein Teil der Wohnungen bis 2045 geschützt sei, ist nicht ganz falsch. Aber doch eine Augenwischerei, die man böswillig nennen möchte. Tatsächlich betrifft dies nur 19 der 911 Wohnungen, also ganze zwei Prozent, weil deren Sanierung gerade erst beginnt.

Es hätte anders kommen können, ja müssen. Die im Oktober 2011 gegründete Karogenossenschaft hatte frühzeitig vorgeschlagen, die STEG-Wohnungen nicht zu verkaufen, sondern beispielsweise als Verwaltungsgenossenschaft oder als Erbpacht im städtischen Eigentum zu lassen – und so allen BewohnerInnen einen wirklich bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Zunächst ließ Bausenatorin Jutta Blankau ein Gesprächsangebot der Karogenossenschaft unbeantwortet. Als es im Frühjahr 2012 doch noch zu zwei Gesprächen kam, wurde die Sache für bereits entschieden erklärt. Ob die bereits genannten Mietkonditionen, zu denen die SAGA verpflichtet worden ist, rechtsverbindlich sind, lässt sich derzeit nicht nachprüfen. Der Vertrag ist nicht öffentlich einsehbar, eine Anfrage nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz wurde von der Stadt abgelehnt. Die Bürgerschaft machte schließlich am 13. Februar den Deckel zu: Mit den Stimmen von SPD und CDU wurde der Verkauf durchgewunken – ungeachtet der Unterschriften von 550 AnwohnerInnen gegen den Verkauf, die der SPD-Fraktion zwei Tage zuvor übergeben worden waren.

Die Vorgänge im Karoviertel zeigen einmal mehr, dass Hamburg auch unter einem SPD-Senat nicht in guten Händen ist. Eine Politik von oben herab, die der Idee von Demokratie unwürdig ist; eine fast Orwell’sche Sprache, die Zumutungen zu Segnungen umlügt; ein fast zwanghafter Zug, wirtschaftlichen „Sachverstand“ zu beweisen – all das bekommt nun das Karoviertel zu spüren. Es ist zu befürchten, dass es nicht der letzte Stadtteil war, dem übel mitgespielt wird.

Was der Bürgerwille angeblich will und was nicht

VON GEORG MÖLLER

Zeitgenosse zu sein, heißt für mich, nicht zu wissen, was mit dem, über das ich gerade schreibe, sein wird, wenn Du das liest.

Genauer: Ich weiß nicht, ob es den Obststand von Mustafa Zeybek neben dem Eingang zum Sternschanzenbahnhof noch gibt, ob er noch dasteht und den rund 20.000 mehr oder weniger hektischen Vorbeirauschern durch den Augenwinkel rutscht, oder ob Zeybek einen von ihnen stoppen kann, um ihm eine Mango, einen O-Saft oder ein paar Trauben zu verticken. Sein unscheinbarer Obstwagen, oder wie ein Scherzbold mal sagte: Die einzige drogenfreie Zone des Viertels, hat scheinbar schon bessere Zeiten gesehen, obwohl es laut Zeybek keine wirklich besseren Zeit gab. Es war immer schwer mit dem Verkauf ein paar Orangen und ein, zwei Avocados eine inzwischen auf fünf Personen angewachsene Familie zu ernähren. Das Ernährerdasein und die Menschen treiben ihn, sagt er, nicht das Geschäft.

Das ist sein Standbein und sein Spielbein und mehr Beine hat er nicht und mehr kann er auch nach 15 Stunden Wind- und Wetterschicht pro Tag nicht entwickeln. Ein Plan B ist etwas für Leute, die eine Abteilung damit beschäftigen können, einen Plan B zu haben. Zeybek fährt morgens auf den Großmarkt, bittet Allah darum, er möge die Tarife von gestern gehalten haben und sieht dann zu, dass er den Kram schnell und zu guten Preisen losschlägt. Manchmal ist er günstiger als ein Discounter, meistens nicht. Dennoch reichen die Einnahmen im Sommer mal gerade dazu im Winter den Stand aufzuhalten und ein paar Defizit-Vitamine an das vorbeihuschende Publikum zu verscherbeln. Nein, reich wird dabei keiner. Und nun hat man ihn ja wissen lassen, dass man (das „man“ ist vermutlich das Volk, vertreten durch die den Bezirk und die den Bezirk kontrollierenden Parteien) ihn da bis zum 31. März weghaben will, weil dann bis zum Oktober die Auffahrt zum Mövenpig-Hotel und dem neuen rollkoffertauglichen Durchmarsch unter der S-Bahn zur Messe für ihre zukünftigen Benutzer aufgebrezelt werden soll.

Und, so fügen die Parteienvertreter dazu, diese Planung habe man schließlich mit Beteiligung der Bürger gemacht, da werde also Bürgerwille, minus der Sachen, die man nicht machen kann, umgesetzt. Klingt gut.

Kurze einschränkende Erinnerungsarbeit: Die sogenannte Bürgerbeteiligungsversammlung erster Teil fand werktags um 19 Uhr, im für Rollatoren und Rollstühle unerreichbaren ersten Stock des Vereinsheimes des SC Sternschanze statt und unerreichbar auch für die Menschen, die um diese Uhrzeit in den umliegenden Altenheimanlagen Abendbrot kriegen und die jungen Eltern, die gerade ihre Görer ins Bett bringen. Die zweite Sitzung gab es früher, dafür im neun Kilometer entfernten BauHof von StadtGrün, also mit Abstand zu Problem und Problemmenschen.

Kein Wunder, dass die Vorschläge der hier lebenden Menschen, wie eine Kinderskatebahn im Bahnhang, ein Aufzug zur U3, eine Jugendbegegnungstätte im kleinen Spitzbunker, ein Stelzengarten für die SchülerInnen der Schule Sternschanze und ein Klo mit Waschmöglichkeit für Menschen auf der Strasse, bis auf letzteres schlicht gekippt wurden, obwohl für alles eine, teilweise hundertprozentige Finanzierung aufgezeigt worden war. Gerade die abgelehnte Skatebahn für 5-12 jährige, frei finanziert von den Skateläden im Viertel, macht diese Dünndenke deutlich. Hieß es in der Ablehnung, die Bahn würde das Wurzelwerk zerstören, gibt es jetzt zwar das Wurzelwerk noch, aber die darüberliegenden Bäume sind ihre Alltagssorgen los und perdu. Aber auch die von allen „begrüßte“ Wascheinrichtung, wurde auf ein Klo reduziert und auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Blieb und bleibt also nur noch die Aufhübschung fürs Mövenpig und die Messe, bei der sind die Interessen der hier lebenden Menschen hintenan und ist ein Obstwagen ein deutliches „Kann-weg“.

Das Einzige, worüber ich mich freue, wenn es denn der richtige Ausdruck ist, ist der Umstand, dass ich Mustafa Zeybek kenne, weiß wo er wohnt und ich mich neben ihn stellen kann. Die Hunderte von –ic’s und –ü’s, die in den vergangenen 15 Jahre von den Klingelschildern der Nachbarschaft verschwunden sind, weil sie aus diesem Viertel durch die halsbrecherische Politik von insgesamt drei Bezirken vertrieben wurden, haben und konnten sich nicht verabschieden. Das ist sehr bitter. Da stehen jetzt andere Namen, meist aus dem Duden, die nix dafür können und dennoch.

Und jetzt haben sie sich Dabelstein vorgenommen, kein ü, kein ic, nur ein alter Tierfutterhändler, den brauchen die Zukunftsplaner nicht. Aber brauchen wir einen Nike-Store? Oder diese Art Stadtentwickler? Wofür?

Es ist nicht immer ein Zuckerschlecken, Zeitgenosse zu sein. Aber es gibt keine Alternative.

Kämpfst du noch oder konsumierst du schon?

INES LASCH HAT ALLE AUSGABEN DES 'MEILENSTEIN' GELESEN UND DABEI ERFAHREN, WIE DIE STEG MIT IHRER PUBLIKATION DIE UMSTRUKTURIERUNG DER GROSSEN BERGSTRASSE ALS WUNDERBAREN WANDEL EINES STADTTEILS PROPAGIERT.

„meilenstein“ klingt nach großem Wurf. Der geht in Altona über die Köpfe vieler Anwohner hinweg. Offiziell trifft er also niemanden. Im Jahr 2006 wurde das Gebiet Altona-Altstadt im Programm der „Integrierten Stadtteilentwicklung“ (Soziale Stadt) eingebunden. Die private Firma steg wurde damals als Sanierungsträgerin beauftragt und verkauft der Bevölkerung seitdem mit der Publikation „meilenstein“ die Umstrukturierung der Neuen Großen Bergstraße in Altona-Altstadt als so genannte Aufwertung. Mit guten Absichten sollte der „soziale Weißwurstäquator“ Max-Brauer-Allee mit Konsumangeboten von der Ottenser Hauptstraße zu Deutschlands ältester Einkaufsstraße überwunden werden. Die bauliche Sanierung von Altona-Altstadt schien notwendig, allerdings versucht der „meilenstein“ kontinuierlich, die Aufgabe öffentlicher Flächen nach dem Motto „Konsum gleich sozialer Aufstieg“ schmackhaft zu machen. Die Sehnsucht nach demokratischer Teilhabe wurde so in der Bevölkerung Stück um Stück zurückgedrängt.

Die Neue Große Bergstraße wird im Herbst 2007 als „Rückgrat des östlichen Bezirkszentrums von Altona“ bezeichnet, „der großzügig bemessene Straßenraum lange Zeit als Hemmnis für eine Aufwertung angesehen“ („meilenstein“ 04, S. 5). Eine funktionale Neuordnung der Flächen und attraktive Gestaltung habe zum Ziel, „eine lebendige Atmosphäre zu schaffen, die angenehmes Flanieren, kommunikative Begegnung, Einkaufen und Konsumieren, aber auch sicheres Verweilen für alle Stadtnutzer ermöglicht“. In diesem Sinn werfen der IKEA-City Store und die geplante Bebauung des Goetheplatzes buchstäblich ihre Schatten voraus. Seit 2009 ist „IKEA auf dem Weg in die Große Bergstraße.“

Im Januar 2010 promotet der „meilenstein“ #11 IKEA als den initiativen Investor, der mit der Abrissbirne gleich weghaut, was sich überlebt hat (S. 3). Nach Informationen im „meilenstein 20“ vom Dezember 2012 sollen 18.000 Quadratmeter Verkaufsfläche auf vier Etagen entstehen (ursprünglich 20.000), dazu 730 Pkw-Stellplätze oben drauf (ursprünglich 980), wie viele davon für die Anwohner des benachbarten Neuen Forums sind, wird nicht gesagt (ursprünglich geplant: 268).

Das Ganze ergibt eine Höhe von rund 35 Metern, ein sechsgeschossiges Gebäude. Ob die Leute dann noch „draußen sitzen“ in den Cafés und ihre Nase in den Schatten halten wollen, wo derzeit die Sonne hinreicht? Im Frühjahr 2010 zog der Hamburger Senat das Verfahren an sich, bevor es zu einer zweiten Abstimmung darüber kommen konnte. Ab da war die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zuständig, nicht mehr der Bezirk Altona. meilenstein #13 vom Oktober 2010 funkt eher still in Sachen IKEA-Neubau: Nach der Evozierung des Verfahrens durch den Senat sind die Weichen gestellt, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat „den Bauvorbescheid für die Ansiedlung von IKEA in der Großen Bergstraße erteilt“.

Eröffnung soll nun im Frühjahr 2013 sein. meilenstein #15 vom April 2011 begleitet den Frappant-Abriss mit der Kamera, Passanten können alles durch einen Holzbauzaun verfolgen und werden abgelenkt durch schöne historische Aufnahmen der Altonaer Altstadt. Grübeln und Wehmut mischen sich mit Neugier und Skepsis. meilenstein #16 vom September 2011 verkündet die Riesenschlagzeile: „IKEA: Baugenehmigung in Sicht“. In der letzten Phase des komplexen Genehmigungsverfahrens heißt das: IKEAs unternehmerischer Appetit, ein wenig größer und dichter an die Große Bergstraße heran zu bauen, lässt sich nicht mehr zügeln.

Mit der Nachricht: „Leerstand war gestern!“ lenkt der „meilenstein“ von Unmut und Misstrauen ab. Entlang der Großen und Neuen Großen Bergstraße sind kleine schnuckelige Geschäfte und Lokale entstanden, sie werden rege frequentiert. Langjährig ansässige Unternehmen warten auf die angekündigte Neukundschaft (Umfrage „meilenstein“ #9 vom Juni 2009, S. 4). Die Nachfrage übersteigt nun das Angebot. Marketingprofis reiben sich verwundert die Augen. Parallel werden im meilenstein die Baupläne für die Umgestaltung des Goetheplatzes vorgestellt. Die Absicht besteht darin, die Neue Große Bergstraße Richtung Altonaer Bahnhof zu verengen und noch mehr vom öffentlichen Raum der kommerziellen Nutzung zuzuführen.

In der Draufsicht wird auch hier eine sechsgeschossige Mischung aus Wohn- und Gewerbebau gezeigt. Ein spitzes Gebäude schiebt sich wie ein riesiger Schiffsbug auf den Goetheplatz in Richtung IKEA. Der beliebte Wochenmarkt muss demnach zukünftig in einem ungeschützten Windkanal stehen. Schöner wohnen fängt im Quartier mittlerweile bei einer Kaltmiete ab 10,50 Euro/m^2 oder gleich in einer aus vormals zwei Mietwohnungen zusammengelegten, top sanierten Eigentumswohnung bei 400.000 Euro an (z. B. Alte Königstraße). Dabei rückt man sich in der Altonaer Altstadt eh' recht dicht auf die Pelle, denn so dicht wie hier wird kaum ein anderer Hamburger Stadtteil bebaut. Die verbleibende grüne Lunge zieht pfeifend ihre Flügel ein.

Die vielzähligen Ideen von Anwohnern für einen lichten öffentlichen Platz anstelle IKEA – wie es auf einer Ideentafel auf dem Holzbauzaun zu sehen war – saufen ab. Laut meilenstein #17 vom Dezember 2011 wird der IKEA-Bauantrag weiterhin geprüft. Das Blatt präsentiert einen Vorentwurf zur Neugestaltung des Goetheplatzes. Bevor IKEA kommt, im Juni 2013, muss der Platz umgestaltet sein. Bäume können wegen unterirdischer Versorgungsleitungen nicht überall, wo gewünscht, gepflanzt werden.

Im meilenstein #18 vom Mai 2012 geht es um die „Zukunft der Neuen Großen Bergstraße“. Der Bebauungsplan Altona-Altstadt 46 für die neue Große Bergstraße musste geändert werden. Der soll im Vergleich zu den B-Grenzen des ursprünglichen Plans erheblich zurückweichen (Beschluss der Bezirksversammlung vom 26. April 2012). Es sind zwar 50 Wohnungen vorgesehen, aber von ehemals zu bebauenden 3.300 m^2 bleiben 2.600 m^2 „öffentlicher Raum in der Fußgängerzone“; unerwähnt bleibt, wie viel öffentlicher Raum dafür hergegeben wird.

Mehrere Workshops zur Umgestaltung des Platzes werden angekündigt: „Beteiligung zum Goetheplatz“, ein Beteiligungsverfahren aus mehreren Verfahren soll es sein. Beteuert wird, dass „alle Nutzungen, für die der Platz auch in Zukunft zur Verfügung stehen muss, zu beachten“ sind (S. 5). Der meilenstein #19 vom September 2012 informiert, dass „der Streit um die Bergspitze (am Goetheplatz) entschieden“ sei. Diesmal funktionierte die Rochade umgekehrt: Nach hartnäckigen Protesten aus der Bevölkerung gegen die erweiterte Bebauung am „Goetheplatz“ versuchte es der Oberbaudirektor mit einer Alternative – erfolglos. Das Bezirksamt Altona erteilte am 16. August den Vorbescheid für den Neubau der so genannten Bergspitze: Konsummeile statt „qualitativer Aufenthalt“ und Verweildauer für die AnwohnerInnen.

Die IKEA-Eröffnung ist laut meilenstein #20 vom 20. Dezember 2012 nunmehr im Sommer 2014. Dafür rollen mehr als 20 Tonnen Stahl und 24.000 m^3 Beton per Lkw über die Altonaer Poststraße und den Lawaetzweg an die Baugrube. Schon längst sind mit dem so genannten Jessenquartier und den Umbauten durch Neuvermietungen rund 800 Wohnungen rings um die Große Bergstraße „besser vermietet“ worden.

Wegen des zu geringen Widerstandes der AnwohnerInnen und der Gutgläubigkeit der kleinen Gewerbetreibenden entstand ein neues Konsumquartier vom Apple Store über Denn´s Biomarkt bis zum Edel-Edeka. Das nennt man hohes Manipulationspotenzial bei geringer Auflage.

ALLE „MEILENSTEINE“: WWW.STEG-HAMBURG.DE/AKTUELL/PUBLIKATIONEN/MEILENSTEIN.HTML BZW. WWW.GROSSE-BERGSTRASSE.DE.

„Die STEG ist sich treu geblieben“

WIE WAR DAS MÖGLICH?

VON CHRISTOPH SPEIER

„Wer sich in Gefahr begibt, kommt in ihr um.“ Wer mit der STEG zu tun hat und mit ihr Vereinbarungen trifft, sollte sich immer an diese alte bäuerliche Weisheit erinnern. Kommt erst einmal eine formelle Beziehung zustande, kann sich die informelle Gewalt leichter entfalten und behindert systematisch die Entfaltung autonomer gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessenvertretung.

Heute nennt sich die STEG Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH und hat ihren Sitz in der Schanze am Schulterblatt 26-36. Sie gehört nicht mehr – wie es der Namen fälschlicherweise Glauben machen kann – der Stadt Hamburg, sondern seit Juni 2003 dem Geographen **Hans Joachim Rösner** und dem Sozialwirt **Martin Brinkmann.** Beide habe das Unternehmen zwei städtischen Beteiligungsfirmen für 553.209 Euros abgekauft. Den Kaufpreis konnten sie bequem aus den Gewinnen der STEG bis 2006 bezahlen. Zu diesem Geschäft verweist der damalige Senat auf „ein vergleichbares Privatisierungsverfahren in Berlin mit dem Verkauf der S.T.E.R.N Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung“ *(Drucksache 1/1975 Bürgerschaft FHH 28.02.2003)*. Die S.T.E.R.N erlangte in den 1990-er Jahren traurige Berühmtheit bei der Zerstörung subkultureller Milieus, der Räumung besetzter Häuser und als Eisbrecher nicht nur für „Investoren“ in der Mitte Berlins. Haus Joachim Rösner hat vor der STEG für die S.T.E.R.N gearbeitet und brachte diese Erfahrungen mit an die Elbe. Als er 1997 Geschäftsführer der STEG wird, gibt er gegenüber dem Registergericht noch als Wohnsitz Berlin an.

Schlüssel für den „Erfolg“

Schlüssel für die Durchsetzungskraft der STEG in den letzten 24 Jahren sind einmal ihre Privilegien als staatlich anerkannter Sanierungsträger und als im Grundbuch eingetragener Treuhänder öffentlicher Grundstücke und Gebäude und außerdem ihre ähnlich einer Behörde strukturierte Bürokratie, die aber nicht wie diese verwaltungsrechtlicher Kontrolle und Transparenz ausgesetzt ist. Dieses Geschäftsmodell entspringt dem gut gemeinten autoritären sozialdemokratischen Politiktyp der 1980-er Jahre, der heute mit dem Olafi-Scholz-Senat überall fröhliche Wiederkehr feiert.

Alternative Sanierungsträger, auch öffentlich anerkannte wie die ASK Hassenstein+Pfadt GmbH oder die Lawaetz Stiftung, konnte die STEG weitgehend verdrängen.

In den Bezirksverwaltungen dient sich die STEG als Spindoctor an, um wie bei der Durchsetzung des weltgrößten IKEA-Möbelladens in Altona widerständige Bewegungen in der Bevölkerung mit herbeimanipulierten Wiederaufstiegshoffnungen kleiner Gewerbetreibender zu neutralisieren. Der kommunale Politikbetrieb lässt es dabei sogar zu, dem STEG-Geschäftsführer Brinkmann das Amt eines öffentlichen Quartiersmanagers zu übertragen, so praktiziert im Bezirk Hamburg seit 2009. Für all das arbeiten bei der STEG backstage verantwortlich neben Rösner und Brinkmann Julia Dettmar, Karin Dürr und Kurt Reinken. Letzterer zusätzlich als Geschäftsführer der STEG-Innovationshaus GmbH. Wirtschaftliche Schwierigkeiten hat die STEG mit ihren Standorten in NRW und Schleswig-Holstein Beleg: Bilanzen/Darlehen. Ihr Geld verdient sie in Hamburg, und dabei nicht schlecht.

Hohe Renditen

Bei Umsätzen zwischen vier und sechs Millionen Euro wies die STEG im öffentlichen Unternehmensregister hohe Renditen ihres Geschäfts aus.

Jahr	Jahresüberschuss
2005	416.000 EUR
2006	420.000 EUR
2007	120.940 EUR
2008	368.547 EUR
2009	309.000 EUR
2010	363.577 EUR

Ausweislich ihrer öffentlich zugänglichen Bilanzierungen erwirtschaftete die STEG in den letzten sieben Jahren ein Drittel ihres Ertrages aus der Immobilienverwaltung und knapp 40 Prozent aus Steuermitteln, die sie als Sanierungsträgerin erhielt. Von 2006 bis Ende des Jahrzehnts stiegen diese Zuflüsse um 27 %.

Der vor allem gerne von Hans Joachim Rösner verbreiteten Legende *(wo sind dafür die Belege?),* dass der STEG nur wenige tausend Euro „Verwaltergebühren“ bleiben, widersprechen die vorliegenden Daten. Allein 2008 bekam die STEG eine Vergütung für die Sanierungsverwaltung des Karoviertels („St. Pauli Nord S 3“) in Höhe von € 211.399,52. Das Programm lief bis 2010. Die Höhe der Beträge verweist allerdings darauf, wieviel bezahlter Vertretungs- und Deutungseinfluss damit (und mit Gewinn) durchgesetzt werden kann. Damit können sie im Karoviertel schalten und walten.

Gelernt ist gelernt, denn schon im Jahr 2000 stand die STEG-Bürokratie (nach Übernahme der Häuser von der SAGA, nun geht die Rolle wieder rückwärts) unter scharfer öffentlicher Kritik, weil sie u.a. Nebenkosten den MieterInnen gegenüber kurzerhand vervierfachte *(Drucksache 16/4382 Bürgerschaft FHH 27.06.2000)*. Ganz zu schweigen von ihren Aktionen zur Ermittlung der Anwesenheit von HauptmieterInnen bei Wohngemeinschaften in den 1990er Jahren.

Keine Vorwürfe

An dieser Stelle sei eine noch heute bedenkenswerte (und zum Nachlesen zu empfehlende) Erklärung zur Kommerzkultur im Schanzenviertel des Plenums der Roten Flora (siehe auch www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/hochkultur.html) von vor sieben Jahren wiederholt:

„Man kann der STEG in diesem Zusammenhang nicht vorwerfen, dass sie ihrer politischen Linie nicht treu geblieben wäre. Die angeblich ‚behutsame Stadterneuerung’, die die STEG als offizieller Sanierungsträger der Stadt seit ihrer Gründung 1989 umsetzen will, hat sich im Wesentlichen als geräuschloser Umbau des Schanzenviertels vom alternativen Szenestadtteil Ende der 1980er Jahre hin zum In-Quartier mit Modeboutiquen, Bars, hochpreisigen Altbauwohnungen und mittlerweile auch trendigen Eigentumswohnungen erwiesen. Die in diesem Kontextformat propagierte Betroffenenbeteiligung hat sich in ‚Runden Tischen’ und Beteiligungsverfahren erschöpft, die im Wesentlichen andernorts längst verabschiedete (standort-)politische Entscheidungen abnicken durfte. Die STEG hat es dabei konsequent verstanden, sich aus allen städtebaulichen Konflikten der letzten Jahre herauszuhalten, indem sie sich auf eine unpolitische Moderation von Konflikten beschränkt hat (zuletzt Fixsternschließung und Wasserturmumbau). Wichtigstes Ziel der STEG war es dabei, vor allem tunlichst nicht in Widerspruch zu Senats- und Bezirkspolitik bzw. irgendwelchen Investoreninteressen zu gelangen.“

Um soziale Kontrolle öffentlichen Raumes ringen

Zunächst sollte im Diskurs der Umstand, dass es sich bei der STEG um ein privat betriebenes, nicht öffentlich kontrolliertes Geschäft handelt, wie ein hinduistisches Mantra wiederholt werden. Ihr Geschäftsmodell und ihre Praxis, in treuhänderischen Besitz und fast an die gesellschaftliche Kontrolle öffentlicher Räume zu gelangen und diesen enorm zu verteuern (So konnte die STEG noch im Vorfeld des Mietvertrages der Sozialgenossenschaft St. Pauli Nord und rumdrum eG für das „Centro Sociale“ das Mietverhältnis 2008 um 70 Prozent anheben.), muss in der politischen Debatte stärker in Zweifel gezogen werden.

Der Erhalt, die technische Pflege und öffentlich bezahlbare Nutzung öffentlicher Bausubstanz kann wirtschaftlich nah an der interessierten Bevölkerung und in entlohnter eigenverantwortlicher Verwaltung erfolgen, wie die hohen Gewinne zeigen, welche die STEG privatwirtschaftlich erzielen kann. Das gilt für die Sicherung der Grünflächen als Gärten der immer gedrängter zusammenlebenden städtischen Gesellschaft genauso wie für die Reste noch nicht kommerzialisierter bebauter öffentlicher Räume.

Prima!

Die Brammerfläche

VON JULIANE MEHRING, BEWOHNERIN DES WAGENPLATZES AUF DER BRAMMERFLÄCHE

Ein Autohaus plante Carl Wilhelm Brammer 1994 auf der Fläche. Der Plan platzte. Seitdem trägt die Fläche im Schanzenviertel an der Max-Brauer-Allee, zwischen Sternbrücke und Schulterblatt, direkt an der Bahn-Trasse ihren Namen. Seit 1992 lag die Brammerfläche brach und kostete die Stadt jährlich Tausende für die Beseitigung von illegal deponiertem Elektroschrott, von Haushaltsgeräten, Autowracks und ähnlichem. 1995 platzte auch der Deal mit der EDV-Unternehmensgruppe Prisma Holding. Seitdem war die Fläche im Gespräch für Vieles: 2003 als Ersatzfläche für den geräumten Wagenplatz Bambule: Doch damals war ein Wagenplatz dort „politisch nicht gewollt".

2004 stand hier ein knappes Jahr lang ein Drogenberatungs-Container als ‚Ersatz' für den geschlossenen FixStern. 2008 tauchte die Idee einer „Quartiersgarage" auf. 2011 verhandelte die Stadt mit Ertan Çelik, dem Inhaber von Hamburgs größtem Dönerlieferanten, über einen Verkauf des südwestlichen Teils der Fläche. Celik zog sich zurück, als ein Bürgerbegehren die Änderung des Bebauungsplanes hin zu einer Mischbebauung forderte. „Wohnraum statt Döner" titelte die taz. Persönlich überzeugen konnte den Döner-Liefereranten damals eine zentrale Figur des Bürgerbegehrens: Der lokale Unternehmer John Schierhorn, der sowohl den Club „Waagenbau" als auch – in Zwischennutzung auf einem Teil der Brammerfläche – den Beach-Club „Central Park" betreibt.

Weitere Zwischennutzungen waren verschiedene Autohändler und das dubiose Abschleppunternehmen „aktiv transport". Aktuell findet der „Mobil Blues Club" auf der Fläche seinen Standort, ein Car-Sharing, ein gemeinnütziger Parkplatzbetrieb, der „Central Park", ein Winternotprogramm sowie seit Juli 2012 der Wagenplatz Zomia. Die Wagengruppe hat einen befristeten Vertrag bis zum Beginn einer Bebauung, längstens aber bis Februar 2014.

Ein weiteres Bürgerbegehren um John Schierhorn – der aber offiziell nicht als zentrale Figur auftauchte – für eine „viertelgerechte Nutzung" scheiterte 2012. Der Bezirk signalisierte trotzdem Offenheit.

So die Geschichte – und nun?

Die Urban Future Group –bestehend aus John Schierhorn und dem Architekten Leon Roloff – hat ein eigenes Nutzungskonzept für die Fläche entwickelt. Die beiden selbsternannten Projektentwickler wollen das umsetzten, was zumindest Schierhorn seit Jahren unter einer viertelgerechten Nutzung versteht: studentisches Wohnen, barrierefreie Wohnungen, Läden für Existenzgründer, Kultureinrichtungen sowie Flächen für soziale und gemeinnützige Zwecke, Eigentums- und Mietwohnungen, vielleicht „StadtRad", ein Supermarkt, das Veranstaltungs-Technikunternehmen „TOTEC". Auch der „Central Park" hat einen Platz in der Planung gefunden – er soll in den Innenhof.

Und auch Schierhorns Club „Waagenbau", der zusammen mit dem „Fundbüro" und der „Astra-Stube" unter der Sternbrücke weichen muss, taucht im Konzept wieder auf. Zu diesen Plänen findet Ende 2012 eine Anhörung im Bezirk Altona statt – die Parteien sind aufgeschlossen bis euphorisch. Mit Vielen im Stadtteil haben sie, so sagen Schierhorn und Roloff, schon gesprochen, um die Bedarfe abzuchecken.

Dem Wagenplatz Zomia wurde Unterstützung beim Finden eines neuen Platzes zugesagt, vorausgesetzt, Zomia räumt fristgerecht das Feld. Selbstverständlich sei es nicht möglich, den Wagenplatz im Nutzungskonzept einzuplanen – das sei allen klar.

Und wer sind alle?

Zu einer „Stadtteilversammlung" im Januar 2013 lädt nicht die Urban Future Group ein, sondern – ein bisher nicht in Erscheinung getretener Name: INTER.AKTION. Konkret geht es um die Präsentation des Nutzungskonzeptes von Schierhorn und Roloff. Sie streben eine „Anhandgabe" der Fläche an die Urban Future Group an; damit stünde ihnen das Gelände zur Beplanung exklusiv zur Verfügung. Unklar ist, wie die Finanzierung im fast dreistelligen Millionenbereich gewährleistet werden soll und welche Interessen Bezirk und Politik dabei verfolgen. Ein Kaufvertrag steht erst am Ende der Planungsphase.

Die Versammlung soll das Bild einer offenen Planung vermitteln; es ist die Rede von Partizipation, Bürgerbeteiligung und Planungswürfel. Sätze wie „Das will das Viertel", „Wir wissen, was das Viertel will" fallen. Doch die Beteiligung ist durch das vorgelegte Nutzungskonzept begrenzt. Als Rahmen schließt es Ideen wie eine Drogenberatungseinrichtung, eine Nicht-Bebauung oder einen Wagenplatz bereits aus. Es wird nicht transparent, welche Überlegungen dahinter stecken. Diese Intransparenz birgt die Gefahr eines Abklatsches von Bürgerbeteilung in Hamburg à la „Beschäftigungstherapie für Große" (wie schon ein Aktivist die Bürgerbeteiligung zur neuen Mitte Altona betitelte).

Wenn die Urban Future Group eine Bebauung plant, eigene Interessen verfolgt und Entscheidungen fällt, ist das im Ergebnis vielleicht besser als der Verkauf der Brammerfläche an irgendeinen Global Player. Und ist es nicht einfach cool, was die Zwei an Viertel-Engagement seit Jahren leisten und das jemand überhaupt was auf die Beine stellt, und nun mäkeln alle daran herum? Persönlich und auch als aktuelle Wagenbewohnerin auf der Brammerfläche könnte ich mir aber auch was anderes als einen Gebäude-Würfel vorstellen – vielleicht auch eine Diskussion über ein DrobInn, einen Kartoffelacker oder eine Nicht-Bebauung – hier ist es doch eh' zum Wohnen viel zu laut. Das sei nicht realistisch, sagt Schierhorn. Mag sein, finde ich.

„Verstehe ich das richtig", fragt ein Zuhörer der Stadtteilversammlung. „Wir bauen da einen Würfel dahin, damit die anderen keinen Würfel dahinbauen?"

Ist es das, was das Viertel will? Ich weiß es nicht.

Macht das Centro Sociale im Schanzenviertel überhaupt noch Sinn?

ENDE 2013 KÖNNTE DAS CENTRO SOCIALE SEINEN MIETVERTRAG VERLÄNGERN. EIN PRO UND CONTRA:

EHER NICHT!

„Soziale Zentren" als Freiräume libertär-autonomer Politik einerseits und nichtkommerzielle lokale Begegnungsorte andererseits zu schaffen, ist seit den 1970er Jahren ein Phänomen in ganz Westeuropa. Anfang der Nullerjahre entwickelt sich im „Alten Pferdestall" in der Sternstraße etwas ähnliches als „Centro Sociale". Damals begann die STEG der dort ansässigen Handwerksgenossenschaft das Gebäude streitig zu machen, das diese 1992/1993 selbst rekonstruiert hatte und darin Tischlerei, Sanitär- und Bauhandwerk betrieb. Im Ergebnis zog sich der Betrieb zurück, und am 12. Oktober 2008 gründete sich die „Sozialgenossenschaft St. Pauli Nord und rundrum eG" mit knapp hundert Gründungsmitgliedern. Diese ermächtigte sich in ihrer Satzung „zur Selbstorganisation interessierter AnwohnerInnen aus St. Pauli Nord, dem Karolinen- und dem Schanzenviertel, Eimbüttel-Süd, Altona-Nord und rundrum" und beanspruchte also ein politisches Mandat als „Kontrapunkt der Gentrifizierung".

Selbstermächtigung

Politisch waren die ersten Jahre im Centro geprägt von in der Regel gut besuchten AnwohnerInnen-Versammlungen, zwar diffus scheinenden, doch offenen und freiem Gemeinwesen-ähnlichen Angeboten wie „Montagsmaler", Selbsthilfe in Lebens- und sozialen Fragen u.a. Die Weihnachtsbäckerei für Kinder auf Initiative der Bäckerfamilie Stenzel ist nach wie vor ein großer Erfolg. Sie wurden ergänzt durch das „Wohnzimmer" oder Kulturveranstaltungen aus dem inneren Milieu des Centro Aktivs. Statt der erwarteten familiären Nutzung aus dem Umfeld entstand eine im Kern auf Geldüberschuss ausgerichtete Partykultur. Nach der durch das Bezirksamt Mitte finanzierten Sanierung des Gebäudes erzwang eine viel zu hohe Miete an die Steg diesen Prozess. Nach dem Umbau beschleunigte sich die Abwanderung von AktivistInnen, die noch überwiegend in der Nähe lebten, nach Wilhelmsburg, an die Ränder Altona-Nords bis an die der Stadt. Eine bis heute aktive Frau in der „Krim-Ini" beispielsweise verschlug es nach Moorburg, was keine Ausnahme war. Es ist ein objektiver Prozess, der „Aufwertung" der Umgebung geschuldet. Während vor acht Jahren höchstens zehn Prozent der AktivstInnen eine Anreise von mehr als einer halben Stunde zum Treffpunkt im Centro hatte, ist es heute die Mehrheit in den mir bekannten Gruppen.

Verlust der sozialen Basis

Infolge der Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze mussten nicht nur dreihundert Haushalte aus der Schanze mit Hilfe „besonderer Saga Angebote" an die Peripherien der westlichen Innenstadt umsiedeln. Die auf mindestens 12 Euro/qm gestiegene Kaltmiete im Viertel traf und trifft vor allem junge Lohnabhängige mit Kindern, Studierende vor dem Abschluss und prekär Beschäftigte. Nur ältere AnwohnerInnen mit gesicherten Mietverträgen oder sogar im Besitz der Wohnung können neben gut situierter Mittelschicht und hoch alimentierten Studierenden vor Ort bleiben. Dieses Publikum kommt sogar in die Diskussionsveranstaltungen zu politischen Fragen, findet nur selten zum aktiven Kern der Gruppen und Initiativen, will diesen Weg oft auch gar nicht finden. So war es kein Wunder, dass der Vorstand sich 2012 an die sogenannten NutzerInnen des Centro Sociale wandte, um sich von der Last der Sorge um das Gebäude wenigstens teilweise zu befreien.Auf der Strecke blieb es, den „Kontrapunkt" mit politischem Leben zu füllen; wobei sich angesichts der Entwicklung der Viertel die Frage stellt: Für wen noch?

Bezirk soll übernehmen und bezahlen

In der Werbung für das Buch zur jüngeren Geschichte des Gängeviertels („Mehr als ein Viertel") bezeichnet ein/e Marqau Weiß dieses als bereits verlorene „temporäre autonome Zone". So scheint es auch mit dem „Centro Sociale" zu kommen. Es verliert in den Vierteln die Basis als politisch freies Projekt. Mit Ende des laufenden Mietvertrages 2014 sollte sich der „Alte Pferdestall" zu dem verwandeln, was als „Haus Drei" in Altona bekannt ist. Das Bezirksamt sollte die dafür haustechnisch notwendigen Arbeitskräfte bezahlen und die Belegung entsprechend organisieren.

CHRISTOPH SPEIER

WEITERMACHEN!

Wer das Centro Sociale kennen lernen will, der sollte mal zur Raumgruppe gehen: Montagabend, es nieselt und der bunte LED-Schriftzug CENTRO wirft ein flatteriges Licht aufs Kopfsteinpflaster. Die jungen Straßenpirat_innen schrauben vor der Tür an ihren Choppern.

Der Eingang ist voll mit Fingerabdrücken und kopierten Veranstaltungsankündigungen, jeder Menge Plakate und einer überfüllten Pinnwand. Ein Blick in den Saal zeigt: Hier beginnt gleich eine Lesung. Die Raumgruppe wandert montagabends immer in den Raum, der gerade frei ist. Es rappelt in der Centro-Kiste, was die Raumgruppe zu einer der meist beschäftigten Gruppen macht. Heute sitzen sie in der Raucherbutze. Der kleine Raum ist voll.

Gerade wird jemandem, der einen Ort für seine Geburtstagsparty sucht, erklärt, wie das funktioniert mit der Centronutzung. Nix ist all-inklusive und Putzen muss man am Ende selbst. Dafür lässt sich vieles selbst gestalten.

Eine Frau fragt, wie teuer der Saal für eine Antifaveranstaltung sei. „Wie viel könnt ihr geben?", lautet die Standardantwort bei Bildungsveranstaltungen und sozialen Angeboten fürs Viertel. Menschen und Gruppen, die Finanzierungsquellen nutzen können, zahlen mehr. Wer kein Geld hat, lässt den Hut rumgehen. Eigentlich ist klar, dass das alles gar nix kosten sollte. Aber die STEG nimmt eine ordentliche Miete für den von ihr als „nicht-kommerzielles Stadtteilzentrum" deklarierten Ort. Ein Dilemma: Das Centro Sociale versteht sich als Kontrapunkt gegen Gentrifizierung, aber immer hängt die Frage nach der Miete im Raum. So ist das Centro weit davon entfernt, ein wirklicher Freiraum außerhalb einer kapitalistischen Verwertungslogik zu sein. Und dennoch ist es ein Ort, an dem im Kleinen ein anderes Miteinander durchschimmert.

Unter dem Dach des ehemaligen „Hunde- und Pferdeausspannstalls" vereinen sich so unterschiedliche Gruppen, wie die Frickler_innen vom FabLab, die Beratungsstelle für Migrantinnen Mujeres sin Fronteras oder die St. Pauli-Fans von Nord Support. Wo kann man sich sonst fix mal treffen, um ein Transpi zu malen oder eine Aktion vorzubereiten? Wer hat ein so schön erweitertes Wohnzimmer mit so charmant queeren Konzerten? Wo zaubert Salvatore Luftballonhunde am Fließband und wo backt Stenzel revolutionär gut schmeckende Plätzchen für alle? Wie viel kälter wäre die Welt ohne den legendären Bücherflohmarkt?

„We love Centro"

Das war der Hauptslogan der Kampagne, mit der viele Menschen gemeinsam im Herbst 2009 das Centro erkämpften. Gemeinsam haben wir Walzer getanzt, saniert und renoviert, die ersten Konflikte gehabt, darüber wer den Abwasch machen soll. Einige haben sich getrennt, andere sind hinzugekommen. Dennoch: Nach dreieinhalb Jahren Beziehung wissen wir, dass das Centro Sociale nur so gut oder schlecht sein kann, wie die Menschen, die es täglich ohne Entlohnung gestalten und mit nichtkommerziellem Leben füllen. Das Centro Sociale ist politisch, weil es ist und weil es gebraucht wird, und dies ist in Zeiten sich verschärfender ökonomischer Krisen dringender denn je.

NICOLE VRENEGOR

WEITERMACHEN: WIR HABEN NICHTS ZU VERSCHENKEN

Macht das Centro in einem gentrifizierten Stadtteil noch Sinn? JA, denn wenn wir die Lust und Energie auf Anderes als Mainstream haben, ist das Centro als erkämpfter Raum definitiv sinnvoll. Warum sollte man auch nur einen Quadratzentimeter der kommerziellen Nutzung überlassen, die dann weiteren Kommerz nach sich zieht!? Das Centro spricht andere politische Menschen an, als die Rote Flora oder das Gängeviertel …. Menschen mit individuell großem oder kleinem Engagement, die sich für sozialkritische, politisch links orientierte Themen interessieren und einsetzen. Menschen, die sich für die Verteidigung der Roten Flora mobilisieren lassen und die sich auch bei anderen Aktionen engagieren. Gängeviertel, Centro, Rote Flora, GWA St. Pauli, NoBNQ und andere hier nicht aufgezählte Räume und Gruppen sind in meinen Augen Mosaiksteine, die sich gegenseitig stützen bzw. geschwächt werden, wenn ein Teil wegbricht. Wenn wir einen dieser Orte nicht mehr halten können – ok. Aber warum sollten wir sie freiwiliig preisgeben? Wir haben nichts zu verschenken.

ANKE HARTMANN

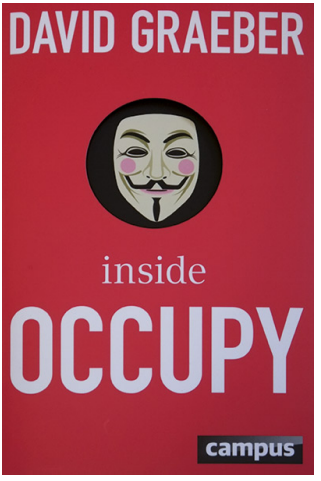
WEITERMACHEN: TERRITORIALISIERUNG

Räume zu haben, bedeutet sichtbar zu sein, sich treffen und zusammenrotten zu können, Inhalte zu realisieren und sich zu behaupten. Das Centro Sociale ist ein Raum, der die Vielfalt von Aktivitäten ermöglicht, durch den schlichten Sachverhalt, dass es als selbstverwaltetes Zentrum topografisch und architektonisch existiert. Dieser formale Sachverhalt der nackten Existenz eines utopisch gedachten Raumes garantiert noch kein Gelingen dessen, was in den Räumen des Centro Sociale an Inhalten und an Selbstverwaltung stattfindet. Aber die Existenz der Räume ist die Bedingung dafür, dass das Gelingen der Inhalte überhaupt weiter ausprobiert werden kann. Nur weil das Projekt manchmal hinkt oder die Welt drum herum sich verändert und die Menschen in den Widersprüchen der Realität verstrickt sind, kann man nicht einfach die Infrastruktur der Stadt denen überlassen, die sowieso schon finanziell, strukturell oder institutionell den längeren Arm haben.

ANETTE HESSE

Soziale Bewegung in Krisenzeiten

REZENSION VON CHRISTOPH SPEIER



Mitte 2011 löst überraschend die New Yorker Aktion „Occupy Wall Street“ (OWS) in weiteren 800 Städten der USA und weltweit ähnliche Aktivitäten aus. „We are 99 %“ und das Attackieren der politischen Macht der Banken wurden rasch übernommen.

Doch ähnlich wie Attac blieb OWS stecken. Das nimmt David Graeber (bekannt geworden mit „Schulden. Die ersten 5.000 Jahre“) mit seinem libertären Blick unter der Lupe. OWS wurde ausgelöst durch die einschneidende soziale Krise in den USA seit 2008 und das Scheitern von Präsident Barack Obama mit dem, worauf vor allem die nachwachsende Generation und Intelligenz der US-Gesellschaft gehofft hatten.

Er gilt zwar nach wie vor als „linker Demokrat“, aber seine Unfähigkeit etwas zu ändern, belebte die Abkehr vom parlamentarischen System und Bewegungsformen zu Occupy. Das Buch legt die Wege der Entscheidungsfindung unter den AktivistInnen genauso offen wie deren Weg nach dem Scheitern.

Interessant ist die Analyse des in OWS eindringenden Berufsaktivismus („MoveON“) und dessen Dominanzansprüchen. „Es gibt Zeiten, in denen die radikale Position die einzig vernünftige ist“, erläutert Graeber, und verzichtet nicht auf eine solide nützliche Analyse der Occupy-Praxis heute.

David Graeber
Inside Occupy
200 Seiten
€ 14,99
Campus Verlag

Die Wirklichkeit sind Messer

VON GUNTER GERLACH

Wir stehen am Imbiss. Tim nickt hinüber zum Gebäude unserer ehemaligen Schule. Ein paar ältere Mädchen sind gerade herausgekommen, schaukeln ihre Schultaschen. Die Arme lang, die Schultern krumm.

„Wir wandere aus nach Australien“, sagt Tim. „Da brauchen sie Leute wie uns. Da gibt’s noch Arbeit.“

Die Mädchen kommen über die Straße. Eine bestellt Pommes Frites. Sie betrachten uns von der Seite mit Vogelblicken.

Der Imbissmann schiebt uns zwei Currywürste zu. Die rote Soße kleckert auf den Tresen. Er wischt sie mit den Händen auf und cremt sich damit die Unterarme ein. „Ist gut für die Haut“, sagt er.

„Wenn du erst mal weißt, dass du alles kannst, was du willst, musst du es auch tun“, sagt Tim.

„Klar“, sage ich und nehme ein großes Stück Currywurst.

„Zum Beispiel die Bank überfallen“, sagt Tim. Er sieht zur Filiale der Sparkasse neben der Schule.

„Klar, du hast ja auch einen Revolver.“

„Revolver sind Kino. Die Wirklichkeit sind Messer. Ich leihe mir eins von ihm.“ Er nickt dem Imbissmann zu. Der greift nach hinten und legt ihm ein gezacktes Messer auf den Tresen. „Service“, sagt er. „Aber erst aufessen!“

„Und wie wär’s mit den Mädchen statt der Bank“, sage ich.

Die vier Mädchen teilen sich die Portion Pommes.

„Was nun“, sagt der Imbissmann. Er tippt das Messer an.

Die Mädchen haben alles mitbekommen, ihre Taschen zwischen die Füße gestellt und zur Verteidigung einen Kreis gebildet.

„Welche?“ sagt Tim.

„Die mit den Pommes.“

Tim kaut auf der Unterlippe. Ich sammle unsere Servietten zusammen und bringe sie zum Papierkorb, dann bezahle ich mit klebrigen Münzen.

Tim geht zu dem Mädchen. „Kommst du mit nach Australien“, fragt er.

„Vielleicht.“ Sie löst sich aus dem Kreis. „Und wie kommen wir dahin?“

„Wir gehen einfach mal los.“ Er fasst sie um die Schulter. Er sieht sich noch einmal nach mir um. „He, was ist mit dir?“

Ich hebe die Schultern.

Die zurückgebliebenen Mädchen schweigen, ihre Gesichter ziehen sich zu Mitte zusammen, sind nur noch Nasen. Der Imbissmann beugt sich zu mir, verschränkt die roten Arme auf dem Tresen.

„Die Bank“, flüstert er, „die ist das richtige Leben: Geld, Polizei, Flucht, früher Tod und all so was.“ Er kommt wieder hoch, dreht das Messer, so dass es auf mich zeigt.

Von Ketten befreit

IMMER WIEDER RUFT DIE POLIZEI GEFAHRENGEBIETE IN HAMBURG AUS UND RÄUMT SICH SO SELBST ÜBERBORDENDE BEFUGNISSE EIN. JURISTISCH HÖCHST ZWEIFELHAFT – DAS FINDEN MITTLERWEILE AUCH GERICHTE.

VON ANDREAS BLECHSCHMIDT

Wenn von verfassungsfeindlichen Tendenzen die Rede ist, ist damit meist weder das Agieren von Landesregierungen noch die polizeilichen Strategien von Kriminalitätsbekämpfung gemeint. Die Entwicklungen in Hamburg in den letzten Jahren zeigen aber beispielhaft, dass das Zusammenwirken von gesetzgeberischen Maßnahmen des Senats und deren polizeiliche Umsetzung durchaus geeignet sind, garantierte Grundrechte dauerhaft außer Kraft zu setzen. Mit der Möglichkeit, Gefahrengebiete zu definieren, wurde ein Ausnahmerecht geschaffen, das die in der Strafprozessordnung festgelegten Begrenzungen der Eingriffsrechte der Polizei aushebelt.

Dort sind die polizeiliche Überprüfungs- und Kontrollbefugnisse an die Existenz eines konkreten Anfangsverdachts für eine Beteiligung an einer Straftat bzw. einer unmittelbaren bevorstehenden Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebunden. Dem liegt die Maxime zugrunde, dass die in der Verfassung definierten Grundrechte den Schutz des Individuums vor der Staatsgewalt und ihren ausführenden Organen garantieren sollen. Derlei Verfassungstreue war dem damals allein regierenden CDU-Senat in Hamburg offenbar fremd, als er das „schärfste Polizeigesetz“ Deutschlands verabschiedete und sich als gelehriger Adept des ehemaligen Bundesinnenministers und aktuellen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) erwies.

Der äußerte nämlich bereits 1996: „Die Verfassung ist immer weniger das Gehege, in dem sich demokratisch legitimierte Politik frei entfalten kann, sondern immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahm legt.“ Von solchen Ketten befreit ist seit 2005 die Hamburger Polizei. Nicht richterliche Anordnungen oder parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse legitimieren die polizeilichen Sonderrechtszonen, sondern die Polizei selbst kann sich selbst das Instrumentarium der verdachtsunabhängigen Kontrollen genehmigen. Dazu muss sie allein entsprechende hausgemachte Lageerkenntnisse zusammenstellen.

Verdächtige Eddingstifte

Zum 1. Mai 2011 wurden große Teile St. Paulis für zwei Abende zum Gefahrengebiet erklärt. Man konnte damals in St. Pauli von den dauerhaft eingerichteten Gefahrengebieten „Betäubungskriminalität“ und „Gewaltkriminalität“ in das temporäre Gefahrengebiet „Straftaten von erheblicher Bedeutung, mögliche Ausschreitungen“ spazieren.

An den Abenden glichen Teile des Viertel einem Geisterstadtteil. Die Polizei sperrte Straßen für den Verkehr, überprüfte insgesamt mehr als 1200 Personen und sprach über 400 Aufenthaltsverbote und Platzverweise aus. Anwohner erhielten dadurch mehr oder weniger Hausarrest. Verdächtig machte sich, wer Eddingstifte mit sich führte, polizeifeindliche Parolen skandierte oder mit gegen die Polizei gerichteten Maßnahmen sympathisierte.

In einer Personengruppe zu dritt im Alter zwischen 16 und 35 Jahren gemeinsam unterwegs zu sein reichte im Zweifelsfall, um polizeilich überprüft zu werden. Neben diesen von der Polizei benannten Kriterien kontrollierten die Beamten diejenigen, denen sie einen migrantischen Hintergrund zuschrieben, und belegten sie mit Aufenthaltsverboten.

Faktischer Hausarrest für Anwohnerinnen

Das Bahnhofsquartier St. Georg gehört zu jenen Stadtteilen, in dem dieses polizeiliche Kontrollregime seit Jahren zum Alltag gehört. Hier arbeiten Polizei, Behörden und Teile der Anwohnerschaft Hand in Hand, um im Rahmen der Aufwertung des Viertels durch den kombinierten Einsatz von Mitteln des Ordnungsrechts Rotlichtmilieu und Drogenszene zu verdrängen: die Hamburger Sperrgebietsverordnung, das Gefahrengebiet ‚Betäubungsmittelkriminalität’ und seit Januar 2012 eine Kontaktverbotsverordnung, die die Kontaktaufnahme zwischen Freiern und Sexarbeiterinnen durch Strafandrohung verhindern will (wörtlich: „Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet“).

Dieses Zusammenspiel unterschiedlicher Instrumente verschafft Polizisten die Möglichkeit, Platzverweise und Aufenthaltsverbote zu erteilen oder aber Bußgelder zu verhängen. Es gibt Frauen, denen die Polizei unterstellt, der Prostitution nachzugehen und die mit einem Aufenthaltsverbot für den Stadtteil, in dem sie leben, belegt sind: Sie leben in einem faktischen Hausarrest und können sich nur auf wenigen Straßen für ihre alltäglichen Erledigungen wie Einkäufe repressionsfrei bewegen. Zusätzlich sind Frauen durch wiederholte Bußgelder hoch verschuldet.

Verdachtsunabhängige Kontrollen vor Gericht

Im Hinblick auf das polizeiliche Instrument der Gefahrengebiete musste die Innenbehörde im Oktober 2012 allerdings eine Niederlage hinnehmen. Geklagt hatte eine Anwohnerin des Schanzenviertels, die am 30. April 2011 für ihren eigenen Stadtteil nach einer abendlichen Kontrolle durch eingesetzte Bereitschaftspolizisten mit einem Aufenthaltsverbot belegt wurde. Die Polizisten ordneten die Betroffene der linken Szene zu und wollten ihr daher den Aufenthalt in dem wegen des „1. Mai“ eingerichteten Gefahrengebietes verbieten.

Das erstinstanzlich urteilende Verwaltungsgericht hatte zunächst die räumliche Ausdehnung des Gefahrengebiets in Zweifel gezogen. Weiterhin erteilte das Gericht den formularmäßig vorbereiteten massenhaft ereilten Aufenthaltsverboten eine Absage. Ohne eine hinreichende Einzelfallwürdigung einer überprüften Person sei die Verhängung eines Aufenthaltsverbots nicht rechtmäßig. Auch die Verhängung von Aufenthaltsverboten durch bloßen Abgleich von polizeilichen Dateneinträgen ohne weitere konkrete Prüfung einer tatsächlichen unmittelbaren bevorstehenden Störung der öffentlichen Ordnung wiesen die Richter zurück.

Eigentlich müsste die Polizei künftig von der Einrichtung weiterer Gefahrengebiete absehen, da Polizeibeamte zumeist „auf der Straße“ wohl kaum ad hoc eine angemessene Güterabwägung zwischen individuellen Freiheitsrechten und polizeilicher Gefahrenabwehr treffen können. Die Betroffene wird nun vor dem Oberverwaltungsgericht klären lassen, ob verdachtsunabhängige Kontrollen in so genannten Gefahrengebieten generell unzulässig sind.

Neben dem politischen Engagement gegen das polizeiliche Repressionsinstrument des Gefahrengebiets sollten sich Betroffene auch immer juristisch beraten lassen, um die Erfolgsaussichten einer eventuellen Klage abzuklären.

Nicht strafbar, nur auffällig

Seit Juni 2005 kann die Polizei in Hamburg so genannte „Gefahrengebiete“ einrichten. Laut Paragraf 4 des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei kann die Polizei Gebiete definieren, in denen sie „Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen“ darf. Anschließend kann sie Platzverweise, Ingewahrsamnahmen und sogar längerfristige Aufenthaltsverbote aussprechen.

Mehr als vierzig mal sind in den letzten Jahren im gesamten Hamburger Stadtgebiet Gefahrengebiete ausgerufen, teilweise ganze Stadtteile über Monate zu Ausnahmezonen erklärt worden. Auf Anfragen der Bürgerschaftsfraktion der „Linken“ im Jahre 2011erläuterte die Polizei ihre Kriterien für vermeintliche Gefahrenträger: Im Zusammenhang mit Fußballspielen werden in festgelegten Gebieten unter anderem alle „16-35-jährigen in Gruppen ab drei Personen“ kontrolliert; im beschaulichen Hamburg-Volksdorf waren es rund um Partyveranstaltungen im Jahre 2007 „16-25-jährige in Gruppen ab drei Personen oder Personen, die alkoholisiert sind und/oder sich auffällig verhalten“. Bei linken Demonstrationen wurden seit 2007 Gefahrengebiete definiert, in denen alle Personen, die „augenscheinlich dem linken Spektrum zuzurechnen sind“, polizeilich kontrolliert werden konnten. Dieses polizeiliche Handeln stand im Widerspruch zum Verfassungsgrundsatz des ungehinderten und von staatlicher Kontrolle freien Rechts auf Versammlungsfreiheit.

Bollers Biographie

REZENSION VON TINA FRITSCHE

Er ist der einzige Profi der Bundesliga, der neben Training und Punktspielen halbtags woanders arbeitet: Fabian Boll ist Kriminaloberkommissar in Hamburg und Mittelfeldspieler beim FC St. Pauli. Der 33-Jährige steht seit 2002 bei den Kiezkickern unter Vertrag und hat das Jojo zwischen 1. und 3. Liga hautnah miterlebt. 'Boller' gilt – auch, weil er trotz Abstiegen und Rückschlägen bei seinem Verein geblieben ist – als Identifikationsfigur auf und neben dem Platz. Hermann Schmidt kennt „Das Herz von St. Pauli“ noch aus seiner Norderstedter Zeit. Seine detailreiche und sehr persönliche Biographie ist nicht umwerfend, aber solide und für Fans eine wunderbare Steilvorlage.

Hermann Schmidt:
Fabian Boll – Das Herz von St. Pauli:
Eine Biografie
208 Seiten, mit Fotos, 2. Auflage 2012, € 12,90
ISBN 978-3-89533-909-7
Werkstatt Verlag 2012

Rinderröte

URBAN FICTION VON ANKE HAARMANN

„Wow!“, denkt Chris, „die Marsmänner kommen“. Der Abendhimmel sieht aus, als hätte die Erdatmosphäre ein Problem. Im Blutrot schillert das Lufttaxi, als es mit mächtigen Rotationen auf dem Vorplatz niedergeht. Chris war von der Bunkerseite her durch die fliegenden Händler gekommen. Das Flutlicht vom Stadion belichtete die Gemüsehochbeete an der Ostflanke des Areals und auch die Mangoldblätter schimmerten von der Feuchtigkeit. Gerade hatte die Regenwasseranlage die Pflanzen besprenkelt. „AAALLLES billig!“ schreit es von überall. „Pudelmütze oder Tabletcomputer! Echt alt! Kann man als Tablett nutzen! Leuchtet cool von unten durchs Cocktailglas!“ Die Dealer wollen ihre Sachen loswerden. Chris nutzt die unübersichtliche Lage, um unerkannt zum Eingang der Alten Rindermarkthalle zu kommen. Die Unterlagen sind unter der Jacke im Rücken hinter den Gürtel gesteckt. Im Inneren des Gebäudes dringt Abendrot durch das hohe lichtdurchlässige Sheddach. Chris läuft durch den Basar der tausend Stände. Rechts der große Supermarkt von AKEDE. Vorne plaudernd der Imam am Gebäckstand. Seit die Moschee 300 Fahrradparkplätze für die Betenden durchgesetzt hat, lacht er noch häufiger, als ohnehin schon. „Heute keine Zeit zum Tee“ – Chris winkt ab. Die Halle verzweigt sich nach hinten in kleine Gassen. Gestapelte Container rechts und links. In jedem ein kleines Gewerbe, eine lokale Gruppe, ein Musiker oder Handwerker. Die Container-Gassen kreuzen, teilen oder öffnen sich zu kleinen Plätzen. Chris sucht den Bereich, wo sich unter dem Sheddach der Halle ein Gewächshaus befindet. Unter Granatapfelbäumen ist dort das kleine Cafe. Die Delegation aus Saudi Arabien, China und Großbritannien ist sofort an ihren unsinnigen Sonnenbrillen zu erkennen. Chris setzte sich dazu, wischt mit dem Handballen das Schwitzwasser von der Klarsichtfolie der Unterlagen. „Ok, hier ist die Gebrauchanleitung! Analysen, Daten, Zusammenhänge für die Stadt zum selber machen.“ Die Sonnenbrillen nicken. „Die Handelskette AKEDE war damals vernünftig. Statt hier einen einzigen Riesensupermarkt einzurichten, haben wir jetzt einen bunten Ort für alle. Täglich kommen Besucher aus aller Welt und wollen wissen, wie das ging, damals, gemeinsames Planen.“ Chris schiebt die Unterlagen rüber, öffnet den Koffer, zählt die Scheine. Wir haben gewonnen damals, sagt sie und lächelt.

Willkommen im Café Hausbesetzung

VON GUNDEL GAUKELEY

Seit einiger Zeit existiert das Café de Kraak – nach dem niederländischen Wort für Hausbesetzung. „Wir wollen mit dem Café einen Ort schaffen, wo sich Menschen bei Kaffee, Tee und Kuchen treffen und über Hausbesetzungen gestern und heute austauschen können. Und wir wollen die Möglichkeit bieten, Wissen und Fähigkeiten zum Thema Leer-stand und selbstbestimmte Nutzung zu teilen und weiterzugeben“, erklärt Carina F., eine der Mitveranstalterinnen des Cafés.

In Sachen Hausbesetzung hat sich zuletzt Einiges getan. So wurde Ende März in der Weidenallee ein leerstehendes Haus kurzfristig gekapert, 2012 gab es unter anderem Besetzungen in der Bleicherstraße und der Horner Landstraße: eine kleine Welle von Hausbesetzungen.

Auch die Forderung nach der Entkriminalisierung von Hausbesetzungen wurde im Herbst letzten Jahres auf den Aktionen für billigen Wohnraum wieder offensiv aufgestellt. Anstelle die selbstbestimmte Aneignung von leer stehenden Objekten als praktische Umsetzung der Vergesellschaftung von Wohnraum zu kriminalisieren, müsse der spekulative Leerstand und die Nutzung von Zimmern als Ferienwohnung strafrechtlich verfolgt werden.

„Hierfür kann man durchaus auch juristische Argumente heranziehen“, meint Rechtsanwalt Andreas Beuth, Verteidiger im Prozess wegen der Besetzung der Juliusstr. 40, „von der Zweckentfremdungsverordnung bis zur Sozialbindung des Eigentums im Grundgesetz. Denkbar wäre beispielsweise eine Regelung wie bis vor kurzem in den Niederlanden, wo die Besetzung leer stehender Gebäude bis zu einem Jahr legal war. Aber auch in der BRD wurden in den achtziger Jahren HausbesetzerInnen freigesprochen; allerdings hatten diese Urteile selten über eine Instanz Bestand.“

In der Realität ist man von der Umsetzung dieser Forderung jedoch weit entfernt. In Hamburg wird jedes besetzte Haus nach kurzer Zeit mit Polizeigewalt geräumt und die im Haus angetroffenen Personen werden mit Repressalien und Geldstrafen überzogen; mit der Absicht, dass die meisten diese Aktion so bald nicht wiederholen, andere abgeschreckt werden und die Betroffenen und ihr Umfeld die nächste Zeit mit Solidarerklärungen, Prozessbesuchen und Spenden sammeln beschäftigt sind. Für Menschen, deren Kapazitäten für praktische Aktionen aus unterschiedlichen Gründen begrenzt sind, gibt es daher die Möglichkeit, nicht nur vergangene, sondern auch zukünftige Hausbesetzungen finanziell zu unterstützen. Carina F.: „Anstatt der Welle von Kosten hinterher zu laufen, kann so bereits im Vorfeld ein Solifonds bereitgestellt werden. Mit so einer Art Hausbesetzungs-Versicherung im Rücken sinkt möglicherweise die Hemmschwelle, Aneignungsaktionen selbst zu machen.“

Café de Kraak: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, 17-20 Uhr, Chemnitzstraße 7

Solikonto: RA Ingrid Witte-Rohde, Betreff: Anderkonto, Haspa BLZ 200 505 50, Konto 1228 138 648

Kommen Sie / kommt zum öffentlichen Forum ***Raumnahme***

AM SAMSTAG 4. MAI UM 15 UHR IM CENTRO SOCIALE, STERNSTRASSE 2

Beiträge und Workshops für ein Manifest zur Aneignung und Organisation von selbstverwalteten Räumen

Orte für selbstverwaltete Kultur, andere Ökonomien und Politik sind umkämpft. Wenn sie da sind, was dann? Es ist Zeit, um gemeinsam zu überlegen, warum diese Räume wichtig sind und welche politischen Forderungen angemessen sind, um sie zu halten oder zu stärken. Es geht um die Zukunft und den Erhalt des Centro Sociale, aber auch um das Gängeviertel, die Rote Flora, Zomia, den Bunker von Kebap oder die Kaserne von Frappant.

Es geht um ein Netzwerk der Räume und gemeinsame Positionen. „Raumnahme“ findet statt im Rahmen der St. Pauli Protestkulturwoche „...immer hart am Wind“

http://www.protestkulturwoche.de

Unvergessen: Mudder Hartmann

EINE ERINNERUNG VON TINA FRITSCHE

„Wir wollten ihr ein Denkmal setzen!“ Fotografin Susanne Katzenberg kannte und bewunderte Sigrid „Mudder“ Hartmann.

Die geborene St. Paulianerin war 60 Jahre lang Fan der Kiezkicker, besaß eine Stehplatz-Dauerkarte, putzte ein Jahrzehnt lang das Klubheim, lebte im Viertel, rauchte und tanzte im Kittel mit Präsidenten und war mitunter wichtiger als die Vereinsfunktionäre.

Um Mudder Hartmann als Symbolfigur für all die Frauen, die den FC St. Pauli aus dem Hintergrund unterstützen, zu würdigen, gründeten 19 Frauen am 19.10.2011 um 19.10 Uhr einen nach ihr benannten – nichtoffiziellen – Fanklub. Vier Monate später starb Ehrenpräsidentin Mudder Hartmann überraschend im Alter von 75 Jahren. Der Klub macht weiter, unterstützt Mädchenteams, schafft Netzwerke und widmet sich dem FC St. Pauli. Mudder Hartmann hätte das gemocht.

Kontakt:
mudder.hartmann@web.de
Foto: Susanne Katzenberg

Kulinarisches aus dem Viertel für Alle

KÄSE-KRÄUTER-BRATLINGE IM FELDSTERN

WAS isses? Käse-Kräuter-Bratlinge mit Thymiankartoffeln oder auf selbstgemachtem Kartoffelsalat.

WER hat‘s erfunden? Entstanden aus einer Idee eines der Betreiber am heimischen Herd, ein vegetarisches Gericht zu kreieren, das schnell zubereitet ist, schmeckt, satt macht und gebacken wird.

WAS ist drin? Die Grundlage ist eine Mischung aus Haferflocken, zweierlei Käsesorten, Milch und frischen Kräutern. Abgeschmeckt wird heute alles mit einer Feldstern-Gewürzmischung.

WIE wird‘s gemacht? Die Bratlingmischung wird gut vermengt, geformt und angebraten. Dann werden die Bratlinge abgekühlt und später im Ofen ausgebacken. Serviert werden die Bratlinge mit selbst angemachtem Kartoffelsalat oder mit gerösteten Thymiankartoffeln mit ein paar Spritzern Zitrone.

WANN: Jeden Tag. Mit Kartoffelsalat für 5,50 und mit Thymiankartoffeln für 8,80 Euro. Lasst es euch schmecken!

WO gibt‘s das? Im Feldstern in der Sternstraße 2, dem Lokal unter einem Dach mit dem Centro Sociale.

GIOBETSI (JUWEZI) IN DER TAVERNA PLAKA

6 Portionen. Vorbereitungszeit: 30 min. Garzeit: 2 1/2 Stunden

Zutaten: 1/2 Tasse Mehl, 1/2 Tasse Olivenöl, 2 kg Rindfleisch (Tafelpitz, oder Rinder Oberschale), 2 Kg Fleischtomaten oder 800 g geschälte Tomaten aus der Dose, 1 El Tomatenmark, 6 Knoblauchzehen, Salz und frisch gemahlener Pfeffer, 4 Lorbeerblätter, 2 Zwiebeln, 1 EL Zucker, 1/2 Kg (Reisnudeln) Teigware (Kritharaki), 4 Tassen Wasser.

Zubereitung: Das Fleisch in mittelgroße Stücke schneiden, in Mehl wälzen und kurz in Öl scharf anbraten. Zwiebeln in einem Topf glänzend anschmoren, danach Tomaten, Knoblauch, Olivenöl, Salz, Pfeffer, Lorbeerblätter, Zucker und Wasser hinzugeben, 10 Minuten aufkochen lassen und fein pürieren. Das Fleisch in eine Backform geben und mit der Sauce übergießen, zudecken und 2 1/2 Std in den Ofen bei 190° C. Die Reisnudeln am besten separat kochen, danach mit dem fertigen Fleisch und der Sauce vermengen.

Das Gericht gibt es preiswert und lecker bei Vater & Sohn Peronis in der TAVERNA PLAKA, Schanzenstraße 25.

PASTINAKENSUPPE MIT KRÄUTERKNÄCKEBROT IM KOCH KONTOR

Was: Pastinaken? Das sind diese blassweißen Wurzeln, die keiner kennt. Als Suppe entfalten sie ihr ganzes, fein sämig mild herbes Aroma. Sehr lecker an kalten Wintertagen.

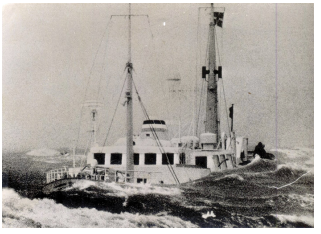
Wie: Für die Suppe Pastinaken, etwas Lauch, Kartoffeln und Zwiebeln schneiden, an Butter anschwitzen, mit Gemüsebrühe aufgießen und kochen. Wenn das Gemüse weich ist, einige zuckerwürfelgroße Pastinakenstücke zur Seite nehmen, den Rest pürieren und mit Sahne abschmecken. Die Pastinakenwürfel kommen als Einlage zurück in die Suppe. Zur Suppe gereicht wird ein dünnes, skandinavisches Knäckebrot, das mit saurer Sahne bestrichen und üppig mit frischen Kräutern bestreut ist.

Wer: Daniel, der Koch im Koch Kontor, hat sich diese Suppe ausgedacht. Oft stammen die Rezepte auch aus einem der fast 3.000 Kochbücher. Das Koch Kontor ist ein Kochbuchladen mit Mittagstisch. Kochkurse gibt es mehrmals im Monat.

Wo: Koch Kontor, Karolinenstraße 27, Mittagstisch ab 12 Uhr.

Wirkliches Kino

VON CHRISTOPH SPEIER



Wer wirklich in die Welt des Kinotheaters eintauchen oder lernen will, wie in „höchstens 15 Minuten“ ein „guter“ von einem „schlechten Film“ unterschieden werden kann, der muss in Ruhe und mit Genuss „Die Besatzung vom 3001 an das BKM 2001-2012“ lesen.

Angeblich handelt es sich um den offiziösen Bericht an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), in Wirklichkeit um pure Lyrik vom Hinterhof des historischen Montblanc-Gebäu-des in der Schanze aus der gedanklichen und realen Welt der Macher(innen?) des allseits geliebten 3001-Kinos.

So strandet der Lesende mit dem Sattelschlepper und den neuen Stühlen aus Norwegen vor der Toreinfahrt des Kinos. „Endlich können wir auch mal als Verkehrsstauer tätig sein. Und es ist auch noch zur Förderung der Kultur.“

Kein Geheimnis des 3001 lässt die Besatzung geheim, von denen im „Nachrichtenbuch“ bis zu denen aus dem untergehenden „Streit´s“. Im Mai wird das Kino 22 Jahre existieren und über 30.000 (errechnet aus Angaben im Text) Menschen genügend Bilder zur Selbst-Aufklärung und Vergewisserung gezeigt haben. Mit Collagen des Presseechos darauf, Gesprächen von Crumb bis Lohmeyer und jeder Menge widerständiger Gedanken belegt die „Besatzung“ das ganz wunderbar.

Denn der „Volksaufstand kommt ja noch, aber erst wenn die Kanzlerin vor jeder Tankstelle aus ökologischen Gründen einen Polizisten hinstellt, der die Treibstoffausgabe verhindert. Dann kommt er, der Volksaufstand.“

Jens Meyer, Die Besatzung vom 3001 an das BKM von 2001-2012, mit Film- und Personen-Register im Text, A4-Broschur im Eigendruck, 76 Seiten, erhältlich nur gegen Vorbestellung unter der Telefonnummer 040/437679 oder per eMail info@3001-kino.de (7 € Kostenbeitrag sind bei Abholung fällig).

ZUM SCHLUSS DIE AKTUELLE GRAFIK:

Nur Brosamen für St. Pauli?

Künftige Flächennutzung in der Alten Rindermarkthalle nach dem EDEKA-Plan

Brauchen wir mehr als 12.000m² für Konsum in einem städtischen Gebäude?

So sah die Situation aus Sicht der Initiativen im Spätsommer 2012 aus.
Inzwischen wissen wir: auf den nun 850 m² (ca. 6% der Fläche) werden keine unkommerziellen Räume für Alle entstehen, sondern nur vergünstigte Gewerberäume. An der Vergabekommission hierfür beteiligen sich die Initiativen aus gutem Grund genauso wenig wie die Sanierungsbeiräte des Schanzen- und des Karolinenviertels.